



Einführung in den Leitantrag

„Für eine Balance zwischen Gegenwart und Zukunft“

53. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg • Pforzheim, 28. Oktober 2007

I. Einleitung

Die CDU Baden-Württemberg hat hier in Pforzheim im Mai 2003 beschlossen, ihr Grundsatzprogramm zu überarbeiten. Der Prozess eines neuen Grundsatzprogramms ging länger als gedacht! Aber vielleicht ist es heute noch nötiger als vor 3 1/2 Jahren, sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben. Das enttäuschende Abschneiden bei der Bundestagswahl, die große Koalition. Deshalb müssen wir heute – noch dringender als vor 3 1/2 Jahren – die wichtigen Fragen angehen. Seitdem haben wir über unser Grundsatzprogramm diskutiert, allerdings nicht mit dem Ziel, alles zu verwerfen, was wir früher programmatisch erarbeitet haben. Wir werden vielmehr bewahren, was sich bewährt hat.

1. Christliches Menschenbild als Grundlage unserer Politik

Wenn wir heute über die Grundsätze der CDU in Baden-Württemberg sprechen und über die Herausforderungen in unsere Gesellschaft diskutieren, dann geschieht das im **Bewusstsein des christlichen Menschenbildes** als Grundlage unserer Politik.

Aus diesem Verständnis heraus vertraut die CDU immer schon auf Freiheit und Eigenverantwortung ihrer Bürger. Auch wenn uns immer wieder von der fehlenden Strahlkraft des C die Rede ist: Ich bin zutiefst überzeugt, dass dieses Menschenbild als Grundorientierung und Kompass zur Gestaltung unserer Politik und einer humaneren Gesellschaft. **Das C in unserem Namen bestimmt auch die Form des Umgangs miteinander und die Tatsache, dass wir uns nie herablassen würden und von einem wie es Kurt Beck bezeichnet „Unterschichtenproblem“ zu reden.** Das unterscheidet unser Menschenbild von anderen Parteien, liebe Freunde.

2. Baden-Württemberg muss stark bleiben!

Baden-Württemberg ist im Vergleich zu anderen Bundesländern Spitze: **Baden-Württemberg hat große wirtschaftliche Kraft.** Es hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer der modernsten Industrie-, Technologie- und Dienstleistungsregion weltweit entwickelt. Mit der niedrigsten Arbeitslosenquote und den meisten Patentanmeldungen in Deutschland stehen wir an der Spitze der Länder. Darauf können wir zu Recht stolz sein! Das ist vor allem die Leistung von 50 Jahren CDU-geführter Politik in Baden-Württemberg!



Baden-Württemberg steht für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft. Kinder sind unsere Zukunft. Sie brauchen eine umfassende Bildung als Ausgangsbasis für das weitere Leben. Daher gilt unserem Ministerpräsidenten Günther Oettinger ein großer Dank, dass er mit seiner Initiative „**Kinderland Nummer eins**“ Baden-Württemberg zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland machen will.

Die PISA-Studie belegt, dass Baden-Württemberg an der Spitze der Bildungslandschaft liegt. 41 % aller Ausgaben im Land fließen in Bildung und Wissenschaft, mehr als in jedem anderen Bundesland. Am 13. Oktober 2006 hat Bundesforschungsministerin Annette Schavan bekannt gegeben, dass die Technische Universität Karlsruhe im Rahmen der Exzellenzinitiative als Spitzenuniversität gefördert wird. **Das spricht für die hohe Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen!**

II. Warum brauchen wir ein neues Grundsatzprogramm?

Um die Aufgaben und Herausforderungen an die zukünftige Politik verstehen zu können müssen wir uns immer in Erinnerung rufen was sich alles verändert hat. Wie stark, wie dramatisch sich die Welt in den Jahren seit dem letzten Grundsatzprogramm verändert hat.

Ich möchte auf zwei Herausforderungen im Folgenden eingehen.

1. Herausforderung: Veränderungen in der Gesellschaft

Wie meistern wir die Herausforderungen der demographischen Entwicklung?

In Deutschland werden immer weniger Kinder geboren, die Gesellschaft wird älter und die Bevölkerungszahl sinkt.

Die Folgen sind spürbar: Wer Arbeit hat, muss künftig für immer mehr Ältere mitsorgen. Während heute 100 Menschen im Erwerbsalter für 44 Rentner, Pensionäre aufkommen, werden sie im Jahr 2050 bereits für gut 80 Rentner zu sorgen haben.

Und meine Damen, meine Herren,
wir müssen auch akzeptieren, dass diese Entwicklung nicht mehr umkehrbar ist. Auch wenn jede Frau heute 3 Kinder bekommen würde – wir wären erst wieder in 80 Jahren bei einer intakten und gesunden Alterspyramide. Das heißt, auch wenn wir enorm viel Energie und Mittel in die Förderung von Familien und Kinder stecken – was wir im Übrigen wie kein anderes Land in dieser Welt tun - müssen wir auf diese Veränderungen reagieren.

Dieser Rückgang hat vielfältige Auswirkungen auf die Sozialsysteme, auf die Rente-, Pflege- und Gesundheitssysteme. Auf den Immobilienmarkt und die Frage welchen Wert unsere Häuser und Grundstücke noch in 20 Jahren haben werden. Auf unseren ländlichen Raum und die Frage wie wir auch zukünftig



eine flächendeckende Schulversorgung sicherstellen können. Auf die Wirtschaft, auf die Infrastruktur. Und auf viele andere Fragen!

Das war die erste Entwicklung, die uns in Baden-Württemberg nachhaltig beschäftigt. Die zweite ist die Globalisierung.

2. Herausforderung: Die Globalisierung aufnehmen

Die Welt ist unglaublich eng zusammengewachsen. Noch nie war es so einfach Menschen, Kapital und Wissen von einem Punkt auf der Erde zu einem anderen Punkt zu transportieren.

Wir leben in einem unglaublichen noch vor 15 Jahren unvorstellbaren Wettbewerb. Und wenn manch einer hier in Deutschland noch von Lebenslügen spricht erhalten in Indien jedes Jahr knapp 30.000 hoch motivierte Betriebswirte ihr WP Diplom, die für 100 Dollar Monatslohn ihre Arbeit aufnehmen. Jeder Wirtschaftsstandort konkurriert mit jedem Wirtschaftsstandort. Viele Menschen haben angesichts der stetig fortschreitenden Globalisierung das Gefühl der Hilflosigkeit, weil sie glauben, dass sie diese kaum noch beeinflussen können. Was heißt das für uns? Wir werden zukünftig keine Routine-Aufgaben mehr wahrnehmen. Unsere WP müssen Spezialisten sein. Müssen sich noch besser auskennen und weiterentwickeln. Wir müssen immer eine Nasenlänge voraus sein als unsere Konkurrenz – das wird unsere Herausforderung sein.

Und hören wir auf ständig über die Globalisierung herzuziehen! Ich saß am Donnerstag, mit 6 Mittelständlern aus Baden-Württemberg zusammen. Alle haben ein Loblied auf die Globalisierung und die daraus entstehenden Möglichkeiten gesungen. Gerade BW profitiert wie kein anderes Bundesland von der Exportmöglichkeit. **Deshalb sind wir auch am meisten gefordert, die Globalisierung zu gestalten und die Chancen zu nutzen!**

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Den Kampf mit den Ländern aufnehmen oder resignieren. Wenn wir uns fürs resignieren entscheiden - haben wir schon verloren. **Wir sollten die Herausforderungen annehmen und von ihr profitieren!**

Aber liebe Freunde,

ich weiß nicht wie es Ihnen geht. Aber in den Gesprächen mit den Menschen habe ich den Eindruck, dass die Herausforderungen der Globalisierung und auch den demographischen Wandels erkannt werden. Aber – und damit verbinde ich auch eine große Sorge – die Menschen haben noch nicht das Vertrauen in die Politik, dass wir die offenen Fragen dieser Herausforderungen beantworten können.

Und gerade deshalb ist es wichtiger denn je, dass wir mit unserem Grundsatzprogramm die offenen Fragen beantworten.



Und wir können diese Fragen nur beantworten, wenn wir unsere Grundwerte nicht aus dem Auge verlieren!

III. Unsere Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Wir als CDU-Baden-Württemberg treten ein für die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Sie geben unserer Politik die Orientierung und sind wiederum Maßstab unseres politischen Handelns.

Erstens: Für eine Balance zwischen Freiheit und Verantwortung

Die Freiheit steht im Mittelpunkt unserer Werteordnung.

Freiheit bedeutet aber gleichzeitig auch Verantwortung: Und ich möchte das auch ganz konkret an einem Beispiel fest machen: Während in Großkonzernen in den letzten Jahren hunderttausende von Jobs gestrichen wurden, haben in den vergangenen 20 Jahren die Familienbetriebe über 2 Mio. Arbeitsplätze geschaffen! Das aktuelle Beispiel BenQ zeigt, wie zum Teil rücksichtslos Konzerne und Manager Entscheidungen treffen – ja vielleicht sogar manchmal Entscheidung treffen müssen!

Meine lieben Freunde, es ist nicht unser Stil der Wirtschaft in Ihre Geschäftspraktiken hineinzureden, aber wir wissen, dass ein Mittelständler oft – nicht immer – aber oft seine Verantwortung stärker wahrnimmt, als anonyme Kapitalgesellschaften.

Und gerade deswegen ist es wichtig, die kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken. Denn sie bilden das Rückrat der baden-württembergischen Wirtschaft!

In diesem Zusammenhang ist mir auch sehr wichtig, dass die Unternehmen die Freiheit haben sollten, sich wirtschaftlich zu entfalten. Ich denke in diesem Zusammenhang an die **Unternehmenssteuer**. Mehr Freiheit heißt auch, dass wir das System der Unternehmenssteuern vereinfachen und vor allem den Mittelstand entlasten. Eine solche Entlastung muss solide gegenfinanziert werden – und sie darf zu keiner Substanzbesteuerung der Unternehmen führen.

Die CDU Baden-Württemberg ist und bleibt die Mittelstandspartei!

Aber nicht nur Unternehmen brauchen Freiheit. Auch Familien brauchen mehr Freiheit! Wir müssen auch akzeptieren, dass das traditionelle Familienbild nicht immer der Lebenswirklichkeit entspricht! Die Politik muss auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen reagieren. **Die CDU Baden-Württemberg ist immer Anwalt der Wahlfreiheit der Eltern und Familien gewesen.** Wir haben in unserem Grundsatzprogramm ein Schwerpunkt dem Thema Betreuung gewidmet. Weil wir schon verstanden haben, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerade für junge Menschen ein enorm wichtiges ist.



Aber liebe Freunde,

wir müssen auch als Partei deutlich herausarbeiten, dass Erziehung nicht damit vollzogen ist, dass ein Kind morgens um 8 Uhr beim Staat abgegeben und abends um 18 Uhr wieder abgeholt wird. Die Familie ist für uns der wichtigste Pfeiler in unserer Gesellschaft.

Und wenn wir über Familie sprechen, müssen wir auch über die Ehe sprechen: Wir bekennen uns in unseren Grundsätzen ganz deutlich auch zu dem Institut der Ehe. Und ich sage hier ganz klar und deutlich, für mich ist ein herumdoktern am **Ehegattensplitting** tabu weil wir ein vollkommen falsches Signal in die Gesellschaft senden – nämlich dass wir die Ehe nicht mehr so hoch Wertschätzen als wir das früher getan haben – und deshalb, liebe Freunde, erteile ich allen eine Absage, die am Ehegattensplitting sparen wollen.

Zweitens: Die Gerechtigkeit

Was ist überhaupt gerecht? Ohne Gerechtigkeit gibt es keine Freiheit. Gerechtigkeit wahrt die Würde und Freiheit aller Menschen. Im Rechtsstaat schafft Gerechtigkeit gleiches Recht für alle.

Jeder sollte die gleiche Möglichkeit haben, sich in Freiheit so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht.

Ich möchte es auch hier an einem konkreten Beispiel klar machen: Die soziale Herkunft der Eltern darf nicht die Zukunft der Kinder bestimmen. Unabhängig, ob man als Arbeitersohn oder Professorensohn geboren, jeder muss die gleichen Möglichkeiten und Chancen erhalten, sich zu entwickeln und zu bilden. Die Rahmenbedingungen müssen von der Politik so gestaltet werden, dass jeder Mensch, entsprechend seiner Begabung, die Chance hat, an den Entwicklungen unserer Zeit teilzuhaben, unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Deshalb haben wir im Grundsatzprogramm festgeschrieben, dass die „Teilhabe aller an Bildung ist die zwingende Voraussetzung, dass keine Begabung ungenutzt bleibt.“ Das meine Damen, meine Herren, ist wirkliche Chancengerechtigkeit die sich von Gleichmacherei eines Sozialdemokratischen Gedankenguts abhebt. Chancengerechtigkeit, die im übrigen Leistung einfordert und denjenigen auch begünstigt der Leistung bringen will und Leistung bringen kann.

Generationengerechtigkeit

Liebe Freunde, Chancengerechtigkeit ist aber nicht eine statische Betrachtung, sondern eine dynamische über alle Generationen hinweg. Und da müssen wir uns eingestehen, da haben wir in den letzten Jahrzehnten viele Fehler gemacht. Generationengerechtigkeit ist eine der schwierigsten Aufgaben, die es in den nächsten Jahren und auch langfristig zu lösen gilt.

Ich könnte jetzt viele Zahlen vortragen. Ich erspare es mir und Ihnen. Wir wissen doch alle, dass wir eigentlich schon längst bankrott sind!



Für jede Generation muss eine faire Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität gefunden werden. Dazu gehört auch, dass wir im Interesse zukünftiger Generationen die Staatsverschuldung abbauen. Deshalb ist es Ziel der Landesregierung, im Jahr 2011 die Neuverschuldung zu erreichen richtig! Die Politik muss sich eingestehen – und das tun wir in unserem Grundsatzprogramm – ist der „Droge“ Verschuldung viel zu oft verfallen.

Und was ist die Folge? Viele Leistungsträger kehren Deutschland den Rücken, weil sie sich diese zukünftige Belastung nicht länger ans Bein binden wollen.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Innovationskraft der Jungen wirklich zum Durchbruch kommt. Leider kehren derzeit viele junge, gut ausgebildete und hoch motivierte Leistungsträger Deutschland den Rücken. Sie packen ihre Koffer und wandern aus. Und dies im Moment so stark wie nie. Ein wichtiger Grund dafür sind laut DIHK bessere Jobchancen im Ausland, niedrigere Steuern und mehr Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Ich hab vor kurzem mit einem Arzt gesprochen der mir erzählte, dass es leider heute schon so ist, dass jede 3. Chefarztstelle in der Schweiz von einem Deutschen besetzt wird und sich jährlich 300 Zahnärzte in der Schweiz niederlassen. Das sind alles Leistungsträger, die in unseren Systemen fehlen.

Auf der anderen Seite müssen wir angesichts des demographischen Wandels und einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67, brauchen wir eine besondere Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. Wir dürfen auf die Erfahrungen und Fähigkeiten dieser Menschen nicht verzichten! Ein guter Ansatz in diesem Zusammenhang ist die Initiative „55+“.

Drittens: Solidarität

Solidarität verpflichtet uns gegenüber den künftigen Generationen. Alle politischen Entscheidungen müssen dieser Verantwortung gerecht werden.

Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Kindeskiner leben!

Wir dürfen auch nicht auf Kosten unserer Mitmenschen in anderen Teilen der Welt leben.

Wir setzen uns für eine weltweite Solidarität der Völkergemeinschaft ein. Ohne sie ist die Kluft zwischen Arm und Reich nicht zu überwinden und die Bewahrung der Schöpfung nicht möglich!

Trotz all dem sag ich: Wir müssen die Krise als Chance sehen.

Politik muss Leistung einfordern. Jedem einzelnen mehr Verantwortung zumuten. Der Weg muss in Richtung einer „Aktiven Bürgergesellschaft“ gehen, die sich als eine Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat versteht. Jeder Bürger muss eigenverantwortlich denken. Staat und Bürger dürfen sich gegenseitig nicht überfordern! In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die große Bedeutung des Ehren-



amtes eingehen: viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich und dafür muss man auch einmal Danke sagen!

Moral und Werte – Leitkultur

Aber liebe Freunde,

in einer Welt, die immer mehr Fragen aufwirft, die von unterschiedlichen Einflüssen sich leiten lässt werden Werte und Moralvorstellungen immer wichtiger. Die Kernfrage was unser Land unsere Gesellschaft im inneren Zusammenhält.

Diese Frage kann nur die Union beantworten. Und entgegen vieler Bundespolitiker wollen wir auch bewusst in unserem Grundsatzprogramm von unserer Leitkultur sprechen, weil ich davon überzeugt bin, dass diese Frage nur von der Union beantwortet werden kann. Die Sozis oder aber auch unsere alten Freunde von der FDP sind dazu gar nicht in der Lage.

Die Begegnung mit anderen Kulturen fordert uns heraus!

Und zur Leitkultur und der Frage wie wir damit umgehen zählt auch das Thema Integration in Deutschland. Wir müssen uns offen damit auseinandersetzen, dass sich das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Kulturkreisen nicht nur harmonisch und konfliktfrei gestaltet.

Verwahrlosungstendenzen sind für jeden sichtbar, und wir wissen aus der Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes, dass gerade Gewaltstraftaten deutlich überproportional von nichtdeutschen Tätern begangen werden.

Es wäre viel zu einfach für diese bedrückende statistische Entwicklung vor allem die kulturelle Differenz, also die ausländische Herkunft der Tatverdächtigen, verantwortlich zu machen. Die **Integration von Zugewanderten** in Staat und Gesellschaft ist insbesondere ein Problem der sozialen Integration.

Deutlich wird aber auch, dass der Dialog mit anderen Kulturen nur auf gleicher Augenhöhe stattfinden muss. Nur dann werden wir von anderen Kulturen und Religionen auch ernst genommen. Ich habe es oft in ganz persönlichen Diskussionen mit anderen Kulturen und Religionen erfahren. Viele Kulturen und Länder dieser Erde wissen, dass wir Wirtschaftlich immer noch enorm leistungsfähig sind – aber sie spüren, dass wir immer weniger Wertorientiert handeln und leben. Daraus entsteht eine Schwäche! Gerade die Auseinandersetzung mit sehr traditionell immer noch stark gefestigten islamischen Ländern zeigt, dass wir hier in unserem Wertgefühl oftmals nicht auf gleicher Augenhöhe sprechen können.

Ganz aktuell gibt es aber einige Beispiele, die zeigen, dass nicht immer auf gleicher Augenhöhe gesprochen wird: Die türkische Rechtsanwältin Seyran Ates in Berlin ihr Mandat nieder legen musste, weil sie akut von ihren türkischen Mandanten bedroht wurde, ist nicht akzeptabel! Ekin Ekin Deligöz, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, die sich öffentlich für ein Kopftuchverbot ausgesprochen



hat, muss inzwischen von Sicherheitsleuten geschützt werden. Ein weiteres Beispiel: Die Deutsche Oper Berlin hat aus Sorge vor möglichen islamistischen Anfeindungen die Mozart Oper „Idomeneo“ vom Spielplan abgesetzt. So etwas können wir in Deutschland nicht dulden! Das ist auch ein Thema dem wir uns annehmen müssen.

Auf der anderen Seite möchte ich aber auch erwähnen, dass die **Mehrheit der Menschen ausländischer Herkunft sich gut in unsere Gesellschaft integrieren und einen hervorragenden Beitrag zu unserem wirtschaftlichen Wohlstand leisten**. Unter dem Motto „Integration fördern und fordern“ wollen wir die Menschen ausländischer Herkunft stärker an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilhaben lassen und erwarten gerade deshalb die Achtung unserer gewachsenen Traditionen und Werte (Leitkultur).

Die CDU will mit den Mitbürgern des islamischen Glaubens in einen verstärkten Dialog eintreten. Ein sehr guter Anfang dazu war der durch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble initiierte „**Islamkonferenz der Bundesregierung**“. Daran müssen wir anknüpfen und diesen konstruktiven Dialog weiter fortsetzen!

Liebe Freunde,

Wir leben nicht nur in einem neuen noch jungen Jahrhundert sondern auch in einer neuen politischen Epoche.

Selbstbewusst und stolz können wir auf das schauen, was wir bis jetzt erreicht haben. Es wird unsere Aufgabe sein, zu schauen, wie wir unser Land im 21. Jahrhundert weiterentwickeln. Weil diese Fragen auch über das heutige Wochenende hinaus brennend sind möchte ich gerne diesen Prozess gemeinsam mit Ihnen am Leben halten.

Das Grundsatzprogramm ist dabei ein wichtiger Schritt und ein langfristiger Wegweiser für ein starkes Baden-Württemberg in Deutschland und eine starke Südwest-CDU im Bund!